

Sträubinger Tagblatt

Straubinger Zeitung / Straubinger Anzeiger · Gegründet 1860

Nummer 111

Johannes Nepomuk – Mittwoch, 16. Mai 2018 – Die fünf Märtyrer von Lyon

1,50 € / B 6527 A

LOKALES

Stadtrat mit klarer Mehrheit für neue Kabinen am Eisstadion **25**

REGIONALES

Kleiderlieferung als Terrorhilfe – Oberpfälzer zu Haft verurteilt **10**

DIE SEITE DREI

Bundesgerichtshof: Videos von Autokameras als Unfall-Beweis zulässig

WIRTSCHAFT

Holpriger Jahresauftakt: Deutsche Wirtschaft verliert an Tempo **7**

SPORT

Deutsches Eishockey-Team verabschiedet sich mit Niederlage von der WM **40**

Heftige Debatte: Landtag beschließt neues Polizeigesetz

CSU-Mehrheit setzt Reform gegen Opposition durch SPD und Grüne ziehen vor Verfassungsgerichtshof

München. (dpa) Die CSU hat die Verschärfung des bayerischen Polizeirechts ungeachtet der Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes durchgesetzt. Die christsoziale Mehrheit im Landtag verabschiedete das neue Polizeiaufgabengesetz am Dienstagabend mit 89 zu 67 Stimmen gegen SPD, Grüne und Freie Wähler. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) verteidigte das neue Gesetz: „Es wird Leben retten, es wird Menschen helfen, nicht zu Opfern zu werden.“ SPD und Grüne haben Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof angekündigt.

Zentraler Kritikpunkt ist, dass die bayerische Polizei künftig das Recht haben soll, ohne konkreten Verdacht auf eine geplante Straftat Überwachung und andere polizeiliche Maßnahmen einzuleiten – etwa DNA- und Onlinedurchsuchungen. Stattdessen soll das juristisch schwächere Kriterium von „Gefahr oder drohender Gefahr“ genügen, wie es in der Formulierung des Gesetzestexts mehrfach heißt. Allerdings muss die Polizei das in der Regel bei einem Richter beantragen, nur in Einzelfällen dürfen höhere Polizeibeamte selbst entscheiden.

Anders als im Landtag üblich gab es auf Antrag der Opposition drei anstelle der üblichen zwei Lesungen, damit verzögerte die Opposition die Verabschiedung um gut eine Stunde. Söder wies schon am Nachmittag den Vorwurf zurück, die CSU verletze die Grundsätze des Rechtsstaats. Über die Umsetzung des Gesetzes soll eine Kommission

unter Vorsitz des Verfassungsrechtlers Karl Huber wachen.

„Straftaten zu verhindern, ist Kernaufgabe der Polizei“, sagte Innenminister Joachim Herrmann dazu. Der CSU-Politiker prophezeite, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre die Mehrheit der anderen Bundesländer dem bayerischen Beispiel folgen werde.

Im Landtag ging es gleich zu Beginn hoch her. Eine Gruppe von Jugendlichen protestierte lautstark auf der Besuchertribüne: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Freiheit raubt.“ Landtags-Vizepräsident Reinhold Bocklet (CSU) ließ die Gruppe vor die Tür setzen – Demonstrationen sind im Plenarsaal nicht erlaubt. In der Münchner Innenstadt demonstrierten Schüler.

SPD, Grüne und Freie Wähler halten das Gesetz für eine Einschränkung der Freiheit. „Das Gesetz ist verfassungswidrig“, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze. „Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung in Bayern seit 30 Jahren“, sagte Schulze. „Und trotzdem wollen Sie die Freiheitsrechte massiv einschränken.“ Die SPD-Landesvorsitzende Natascha Kohnen hielt der CSU vor, die Kritik protestierender Bürger nicht ernst zu nehmen: „Sie tun gerade so, als ob die Menschen nicht in der Lage wären, selbst zu denken und selbst zu entscheiden.“

Auch die Freien Wähler sind kritisch. „Erst hängen, dann reden“, spottete die Abgeordnete Eva Gottstein über die geplante Kontrollkommission. **► Kommentar Seite 2**



VORLÄUFIGER WM-KADER: Fußball-Bundestrainer Joachim Löw hat mit der Berufung von Nils Petersen für eine große Überraschung in seinem vorläufigen Kader für die Fußball-WM in Russland gesorgt. Der Freiburger Angreifer steht als Länderspielneuling im Gegensatz zu Rio-Siegtorschütze Mario Götze und Bayern-Angreifer Sandro Wagner im 27 Spieler umfassenden Aufgebot für das Turnier vom 14. Juni bis 15. Juli. **► Sport**

Die wohltuende Atmosphäre nutzen

Verein Naturpädagogik bietet ganzjährig Angebote wie Waldbaden an

Eben. (ta) Für Waldbaden braucht man keinen Wasser-schlauch und auch keinen Zuber. Es genügt, sich auf den Waldboden zu legen und sich selbst und die Ruhe der Umgebung zu spüren. Seit rund 15 Jahren macht sich der Verein Naturpädagogik in Eben bei Degernbach (Stadt Bogen) die wohltuende Atmosphäre des Waldes zunutze. Neben dem Waldkindergarten „Waldwichtel“ bieten engagierte Mitglieder mit „Abenteuer Natur“ Angebote für Klein- und Schulkinder, Jugendliche und Erwachsene an.

Silke Jäschke, Diplom-Biologin, Umweltpädagogin und Kinderpflegerin, ist für das Waldbaden zuständig, eine Kombination aus Yoga und Meditation im Wald, bei der die gesundheitlichen Vorteile des „Wald(luft)badens“ genutzt werden. In China, Japan und Korea ist laut Jäschke das Waldbaden schulmedizinisch als begleitende Maß-



Waldbaden ist eine Kombination aus Yoga und Meditation im Wald. In Teilen Asiens ist es als Zusatztherapie zur Schulmedizin anerkannt. Foto: Jäschke

nahme anerkannt und wird zum Teil von den Krankenkassen übernommen. Der Grazer Biologe Clemens G. Arvay hat laut Jäschke die positiven Effekte des Waldbadens

auf die Gesundheit nachgewiesen – beispielsweise als Vorbeugung gegen Krebs, aber auch bei seelischen Erkrankungen wie Depressionen und Angstzuständen. **► Seite 13**

WETTER

Heute



17 | 10

Morgen



17 | 10

Ausführliches Wetter **► Seite 12**

Rätsel **► Seite 8**

TV-Programm **► Seite 49**

Kindernachrichten **► Seite 44**

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09421/940 6200



Vertriebsservice • 09421/940 6400

Optimismus in Iran-Gesprächen

Sarif: Atomabkommen könnte trotz Rückzugs der USA bestehen bleiben

Brüssel. (dpa) Der iranische Außenminister Mohamed Dschawad Sarif hat sich nach Spitzengesprächen in Brüssel optimistisch gezeigt, dass das internationale Atomabkommen mit seinem Land trotz des Rückzugs der USA Bestand haben kann. „Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Sarif am Dienstagabend nach einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Viel werde nun davon abhängen, was in den nächsten Wochen erreicht werden könne. Das Treffen sei aber ein guter Start gewesen.

Nach dem einseitigen Ausstieg der USA fordert der Iran von den Europäern innerhalb von wenigen Wochen Garantien für den Erhalt

der wirtschaftlichen Vorteile. Dabei geht es dem Land vor allem darum, weiterhin von Sanktionserleichterungen zu profitieren. Diese hatte der Iran im Gegenzug für den Verzicht auf die Fortführung seines militärischen Atomprogrammes versprochen bekommen.

Die EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini kündigte nach dem Treffen an, dass es nun intensive Diskussionen auf Expertenebene geben werde, um in den kommenden Wochen zu konkreten Lösungen zu kommen. „Ich würde sagen, alles in allem war das ein positives Treffen“, sagte sie.

Mogherini äußerte sich auch im Namen der drei europäischen Außenminister, die an dem Treffen teilgenommen hatten. Sie betonte, die

EU sei entschlossen, den Deal zu bewahren. Er sei essenziell für die Sicherheit der EU und für ein globales System, das die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindere. Der französische Außenminister Jean-Yves Le Drian verwies darauf, dass der Iran Anrecht auf die „wirtschaftlichen Dividenden“ habe, wenn er sich an seine Verpflichtungen halte.

Ob die wirtschaftlichen Vorteile für den Iran wirklich ausreichend gewahrt werden können, gilt aber als unklar, weil die USA ihre Wirtschaftssanktionen nach dem Ausstieg aus dem Abkommen wieder vollständig in Kraft setzen wollen. Dadurch drohen auch nicht-amerikanischen Unternehmen Strafen, wenn sie im Iran Geschäfte machen.

Zehn Jahre Haft für Mord an Heimleiterin

Landshut/Eggenfelden. (ta) Wegen Mordes an der Leiterin eines Seniorenheimes in Eggenfelden (Landkreis Rottal-Inn) ist ein 51-Jähriger zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt worden. Im Prozess vor dem Landgericht in Landshut sah es die Strafkammer am Dienstag als erwiesen an, dass der Mann sein Opfer vor gut einem halben Jahr mit einem Messer erstochen hat. Wegen einer sogenannten organischen Persönlichkeitsstörung sei der gebürtige Münchner allerdings vermindert schuldfähig.

Weil er eine Gefahr für die Allgemeinheit sei, ordnete der Richter zudem die Unterbringung des 51-Jährigen in einer psychiatrischen Einrichtung an. Der Mann hatte die Tat am Dienstag gestanden. Er sagte aus, dass ihm die Tat auch heute nicht leidtue. **► Seite 12**